

Johannes Schönner

Katholikinnen und Katholiken in Widerstand und Verfolgung

Der folgende Beitrag befasst sich mit Widerstand und Verfolgung von Katholiken und Katholikinnen, die sich aus religiösen, sittlichen ebenso wie aus Österreich-patriotischen u. ä. Motiven gegen das als unchristlich empfundene NS-Regime wandten. Dies ist nicht gleichbedeutend mit der – in der Praxis kaum durchführbaren – Feststellung des Religionsbekenntnisses. Innerhalb des Projekts „Namentliche Erfassung der österreichischen Opfer politischer Verfolgung 1938–1945“ war eine vollständige Untersuchung zur Frage „konfessionelle Zugehörigkeit“ der politischen Opfer nicht möglich, insbesondere da viele Quellen keine Angaben zur Konfession beinhalteten.

Exemplarisch wurden im Rahmen des gegenständlichen Forschungsprojekts bei einer der erfassten Opfergruppen die – in diesem Fall auch zumeist erheb-
baren – Angaben zur Konfession ausgewertet.

Von den insgesamt 1011 Personen, die das Vogelsang-Institut aus den Quellen Justizakten der Landesarchive, Landesgericht Wien, Landesgericht Graz, Zuchthaus Brandenburg, Zuchthaus Stadelheim/München recherchiert hat, konnten folgende Religionszugehörigkeiten festgestellt werden:

römisch-katholisch	752
evangelisch	71
konfessionslos	56
gottgläubig ¹	47
Religionsbekenntnis unbekannt	85

Trotz der – im Hinblick auf die Erhaltung ihrer legalen Existenz – vorsichtigen Haltung der katholischen Amtskirche gegenüber dem NS-Regime wurden zahlreiche Priester, Ordensangehörige und engagierte Gläubige zu unterschiedlichen Gegnern des Nationalsozialismus. Das Spektrum reicht hier von der

1 „Gottgläubig“ war in der Zeit des Nationalsozialismus ein religiöses Bekenntnis; gottgläubig galt, wer aus anerkannten Religionsgemeinschaften ausgetreten, jedoch nicht „glaubenslos“ war.

Mitwirkung in Widerstandsgruppen des katholisch-bürgerlichen Lagers über individuelle Widerstandshandlungen („staatsfeindliche“ Äußerungen, „Rundfunkverbrechen“ etc.) bis zu spontanen Protesten gegen antikirchliche Maßnahmen.²

Priester, Nonnen und kirchliche Laien litten unter Verfolgungen und Gestapo-Terror, wurden beobachtet und oftmals wegen NS-kritischer Äußerungen denunziert. Die Bandbreite der darauf folgenden Maßnahmen reichte vom Gauverweis bis zur KZ-Haft. Im KZ Dachau waren ab 1939/40 eigene Priesterblöcke eingerichtet, in denen Geistliche, unabhängig von der Konfession, aus Deutschland und den besetzten Gebieten inhaftiert waren. Der Tiroler Pfarrer Otto Neururer wurde wegen seines Glaubens nach Dachau deportiert und 1940 im KZ Buchenwald ermordet, Pater Franz Reinisch, geboren in Vorarlberg, wurde 1942 wegen Wehrdienstverweigerung im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet – sie sollen als Beispiele für die unmenschliche Verfolgung von glaubenstreuen Priestern genannt werden.³

Auch Laienorganisationen oder katholisch orientierte Organisationen wie beispielsweise der Mittelschüler-Kartell-Verband oder der Österreichische Cartellverband wurden unmittelbar nach dem „Anschluss“ 1938 aufgelöst resp. verboten.⁴ Einige Mitglieder, zudem frühere Protagonisten des „Ständestaates“, wurden umgehend von den Nationalsozialisten verhaftet: Im ersten österreichischen Transport ins KZ Dachau befanden sich Wiens „Ständestaat“-Bürgermeister Richard Schmitz und Staatsrat Eduard Ludwig. Bereits Ende

2 Wolfgang Neugebauer, *Der österreichische Widerstand*, Wien 2008, S. 116.

3 Zur Verfolgung der Geistlichen, Priester und Ordensleute vgl. Karl Rudolf, *Aufbau im Widerstand. Ein Seelsorgebericht aus Österreich 1938 bis 1945*, Salzburg 1947; weiters Jakob Fried, *Nationalsozialismus und katholische Kirche*, Wien 1947. Fried führt insgesamt für die Zeit 1938 bis 1945 – alle österreichischen Diözesen zusammengezählt – 706 Priester in Gefängnissen, 128 in Konzentrationslagern und 15 hingerichtete Priester an. Die Zahlen der ermordeten katholischen Priester sind sehr unterschiedlich. Während von Erika Weinzierl etwa die Anzahl der im KZ ermordeten österreichischen Priester zwischen 20 und 90 angesetzt wird, ergeben die Recherchen von Maximilian Liebmann eine Zahl, die 20 Opfer realistischer erscheinen lassen. Maximilian Liebmann, *„Heil Hitler“ – pastoral bedingt. Vom Politischen Katholizismus zum Pastoralkatholizismus*, Wien 2009, S. 110.

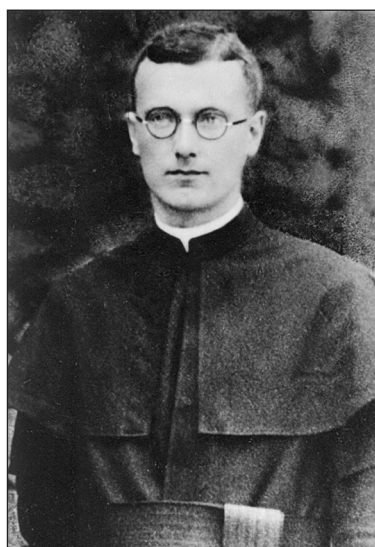
4 Beispielsweise befasste sich Edda Pfeiffer in den frühen 1960er Jahren als eine der ersten mit Widerstandsgruppen des bürgerlich-konservativen Lagers, deren moralischer Antrieb, sich gegen das NS-Regime zu stellen, vor allem in ihren christlichen Grundpositionen begründet war, wenn auch die zukünftigen staatlichen Vorstellungen Österreichs divergieren konnten. Edda Pfeiffer, *Beiträge zur Geschichte der österreichischen Widerstandsbewegung des konservativen Lagers 1938 bis 1940*. Die Gruppen Roman Karl Scholz, Dr. Karl Lederer und Dr. Jakob Kastelic, Diss., Univ. Wien 1963. Vgl. dazu auch Gerhard Hartmann, *Für Gott und Vaterland. Geschichte und Wirken des CV in Österreich*, Wien 2006, S. 445–474.

Namentliche
Erfassung
der Opfer
politischer
Verfolgung
1938–1945

März waren Max und Ernst Hohenberg, entschiedene NS-Gegner, in Dachau eingeliefert worden. Der Jurist und Universitätsprofessor Hans Karl Zeßner-Spitzenberg verstarb bereits am 1. August 1938 in Dachau.⁵

Pater Franz Reinisch (geb. 1903) verweigerte aus religiösen Gründen den Fahneid. Er wurde am 7. Juli 1942 vom Reichskriegsgericht wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zum Tode verurteilt und am 21. August 1942 in Brandenburg-Görden hingerichtet.

Foto: DÖW



Die vom NS-Regime vor allem zu Beginn seiner Herrschaft geschickt dargestellte Propagierung von Gemeinsamkeiten zwischen dem Christentum und dem Nationalsozialismus verfehlte gerade in der ersten Phase aber nicht ihre Wirkung auf die breite Masse der Gläubigen. Es soll an dieser Stelle nicht unausgesprochen bleiben, dass die Auffassung von der vermeintlichen Vereinbarkeit von Kirche und Nationalsozialismus durchaus existent war.⁶ Das Porträt Adolf Hitlers neben einer Darstellung der Muttergottes war für viele Christen vereinbar. Selbst nach der offen gezeigten „Kirchenfeindlichkeit“ der Natio-

- 5 Siehe Wolfgang Neugebauer / Peter Schwarz, „Stacheldraht, mit Tod geladen ...“ Der erste Österreichertransport in das KZ Dachau 1938, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, Wien 2008; Manfred Welan / Helmut Wohnout, Hans Karl Zeßner-Spitzenberg – einer der erste toten Österreicher in Dachau, in: Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich. Festschrift für Brigitte Bailer, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, S. 21–41.
- 6 Maximilian Liebmann, Kardinal Innitzer und der Anschluss. Kirche und Nationalsozialismus in Österreich 1938, Wien–Graz–Köln 1988 (= Grazer Beiträge zur Theologie-Geschichte und kirchlichen Zeitgeschichte 3), S. 3 ff.

nalsozialisten nach dem Rosenkranzfest im Oktober 1938 in Wien hatte zwar seitens der Kirchenführung und der Bischöfe die Appeasementpolitik ihr Ende gefunden, offener Widerspruch blieb jedoch die Ausnahme. Im Zuge des Rosenkranzfestes war es vor dem Wiener Stephansdom zu einer spontanen Kundgebung vor allem katholischer Jugendlicher gegen den Nationalsozialismus gekommen, daraufhin wurden die erzbischöflichen Räume von Angehörigen der Hitler-Jugend verwüstet und Teilnehmer der Kundgebung verhaftet – so der damals 18-jährige Hermann Lein, der die Konzentrationslager Dachau und Mauthausen überlebte.

Während sich manche mit den neuen Verhältnissen arrangierten, gingen andere in den aktiven Widerstand, wie zum Beispiel Helene Kafka (Sr. Maria Restituta) und Franz Jägerstätter. Sie bewahrten konsequent ihre christlich orientierte Einstellung und Haltung. Sr. Maria Restituta wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat 1943 im Wiener Landesgericht hingerichtet, der von Kirche und Gesellschaft erst sehr spät gewürdigte Franz Jägerstätter wurde im selben Jahr in Brandenburg wegen Wehrdienstverweigerung ebenfalls enthauptet.⁷



Der Augustiner Chorherr Roman Karl Scholz (geb. 1912), Gründer einer der drei „Österreichischen Freiheitsbewegungen“, wurde am 10. Mai 1944 im Wiener Landesgericht hingerichtet.

Foto: DÖW

Die meisten österreichischen katholischen Oppositionsgruppen etablierten sich im Herbst/Winter 1938, nachdem die Konfrontation mit dem NS-Regime

7 Maximilian Liebmann, Katholischer Widerstand – der Umgang mit Priestern, die aus den KZ's zurückkamen, in: Stefan Karner / Karl Duffek (Hrsg.), Widerstand in Österreich 1938 bis 1945. Die Beiträge der Parlamentsenquete 2005, Graz–Wien 2005, S. 39–51, hier 39 f.; Fritz Molden, Die Feuer in der Nacht. Opfer und Sinn des österreichischen Widerstandes 1938–1945, Wien–München 1988; Otto Molden, Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938–1945, Wien–München 1970; Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1998, sowie Ergänzungsband 2001.

unausweichlich geworden war.⁸ Der Theologieprofessor Roman Karl Scholz, der Rechtsanwalt Jakob Kastelic und der Finanzbeamte Karl Lederer organisierten je eine Widerstandsgruppe, deren führende Männer und viele Mitglieder zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.⁹

Die Unterdrückung kirchlichen Lebens durch die Nationalsozialisten beeinflusste das Oppositionsverhalten vieler Gläubiger mit. Jedoch traten allein in den Jahren 1938/1939 im ehemaligen Österreich zehntausende Menschen aus der katholischen Kirche aus.¹⁰ Erika Weinzierl ist vorbehaltlos zuzustimmen, wenn sie ab diesem Zeitraum das „Ende der traditionellen Seelsorgemöglichkeiten“ konstatiert. Die katholische Kirche in Österreich hatte die Beschlagnahme und Aufhebung von 26 großen Stiften und Klöstern und 188 anderer Männer- und Frauenklöster – ohne Einbeziehung zahlreicher Filialen – zu beklagen. Die Schließung der katholischen Privatschulen traf über 1400 Anstalten. Die Aufhebung der Kongrua-Gesetze (vermögensrechtliche Regelung zwischen Staat und Religionsgemeinschaften) und die Beschlagnahme von Kirchenvermögen, verbunden mit der Liquidation des Religionsfonds¹¹, waren schwere materielle Einbußen. Die Auflösung von rund 6000 kirchlichen Vereinen, Werken und Stiftungen sowie die Einstellung aller Kirchenzeitungen berührten in irgendeiner Form die Mehrheit der Gläubigen.¹²

- 8 Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bd. 3, Wien 1984, Kap. Verfolgung und Widerstand der katholischen Kirche, S. 5–80, sowie Kap. Katholisch-konservativer Widerstand, S. 81–149. Erika Weinzierl, Kirchlicher Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Themen der Zeitgeschichte und der Gegenwart. Arbeiterbewegung – NS-Herrschaft – Rechtsextremismus. Ein Resümee aus Anlass des 60. Geburtstages von Wolfgang Neugebauer, Wien 2004 (= Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten 4), S. 76–85.
- 9 Erika Weinzierl, Prüfstand. Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus, Mödling 1988, S. 73; Karl von Vogelsang-Institut (Hrsg.), Gelitten für Österreich. Christen und Patrioten in Verfolgung und Widerstand. Biographische Darstellungen, Wien 1988; weiters zu den „Österreichischen Freiheitsbewegungen“: Widerstand und Verfolgung in Wien, Bd. 3, Kap. Katholisch-konservativer Widerstand, S. 81–149, hier „Die drei Freiheitsbewegungen“, S. 95–110; Neugebauer, Der österreichische Widerstand, S. 133–139.
- 10 Wolfgang Neugebauer, Widerstand und Opposition, in: Emmerich Tálos / Ernst Hanisch / Wolfgang Neugebauer / Reinhard Sieder (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2001, S. 187–212.
- 11 Erträge des von Kaiser Joseph II eingezogenen Kirchenvermögens.
- 12 Weinzierl, Prüfstand, S. 160; Irene Bandhauer-Schöffmann, Entzug und Restitution im Bereich der Katholischen Kirche. Vermögensentzug und Rückstellung im Bereich der Katholischen Kirche 1, Wien–München 2004 (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Ent-

Auch wenn im Verlauf des Krieges die Kirchenpolitik des NS-Regimes in etwas ruhigere Bahnen geriet (Erika Weinzierl), änderte dies aber nichts an der grundsätzlichen Ablehnung und der Verfolgung missliebiger Kirchenvertreter und Oppositioneller aus dem Glauben heraus. Bis Kriegsende wurden religiöse Aktivitäten von den Nationalsozialisten genau beobachtet.¹³ Trotzdem hat Ernst Hanisch zweifellos recht, dass die Kirchenführung die Loyalität zum NS-Staat nie in Frage gestellt hat und letztlich „die Kirche als Bündnispartner in das NS-Herrschaftssystem eingegliedert“ war.¹⁴

Für die Seelsorge galt von Seiten der Amtskirche, dass jede Vermengung von kirchlichen Belangen mit politischen Aspekten kritisch zu hinterfragen war oder von ihr von vornherein rundweg abgelehnt wurde. Folglich war Widerstand überhaupt nur dann nicht gänzlich untersagt, wenn er Kardinal Innitzers Pastoralanweisung zur Vermeidung einer Konfrontation mit der NS-Herrschaft entsprach. Damit war zumindest von amtskirchlicher Seite die Unterstützung jedes kirchlichen Widerstandes als pastoralwidrig unmöglich geworden.¹⁵ Die Rosenkranzfeier vom Oktober 1938 und die von Kardinal Innitzer eingerichtete „Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“ bildeten Ausnahmen.¹⁶

schädigungen seit 1945 in Österreich 22/1); Stefan Spevak, NS-Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung in der Diözese St. Pölten. Vermögensentzug und Rückstellung im Bereich der Katholischen Kirche 2, Wien–München 2004 (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich 22/2); Siegfried Kristöfl, Die Liquidationsstelle der katholischen Verbände: Zur Auflösung katholischer Vereine in der Diözese Linz – Gau Oberdonau. Vermögensentzug und Rückstellung im Bereich der Katholischen Kirche 3, Wien–München 2004 (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich 22/3); Johann Großruck, Vermögensentzug und Restitution betreffend die oberösterreichischen Stifte mit den inkorporierten Pfarren. Vermögensentzug und Rückstellung im Bereich der Katholischen Kirche 4, Wien–München 2004 (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich 22/4).

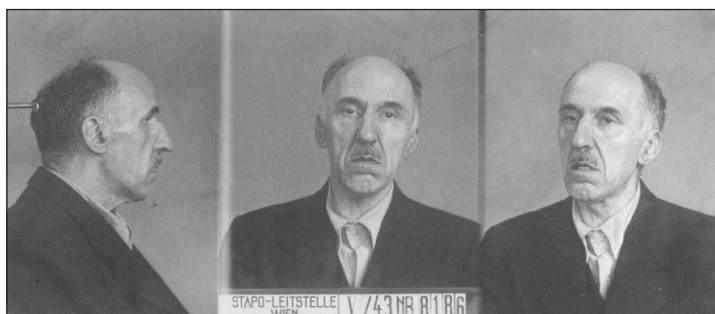
- 13 Heinz Boberach, Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938. Vollständige Texte aus dem Bestand des Deutschen Bundesarchivs, Herrsching 1984, Bd. 1, Systematische Übersicht der behandelten Themen, S. 217: Kirchen und Gläubige.
- 14 Ernst Hanisch, Die Katholische Kirche im Dritten Reich, in: Erika Weinzierl (Hrsg.), Kirche und Gesellschaft. Theologische und gesellschaftswissenschaftliche Aspekte, Wien–Salzburg 1979 (= Veröffentlichungen des Instituts für Kirchliche Zeitgeschichte am Internationalen Forschungszentrum für Grundfragen der Wissenschaften 7), S. 21–41.
- 15 Liebmann, „Heil Hitler“ – pastoral bedingt, Kap. 7, Das Widerstandsproblem. Was heißt Widerstand?, S. 103–116.
- 16 Annemarie Fenzl, Kardinal Innitzer, die Juden und die Hilfsstelle für nichtarische Katholiken, in: Karner / Duffek (Hrsg.), Widerstand in Österreich 1938–1945, S. 63–76.

Namentliche
Erfassung
der Opfer
politischer
Verfolgung
1938–1945

Lange Zeit war der politisch organisierte Widerstand im Fokus der Aufmerksamkeit, während die verschiedenen anderen Formen von oppositionellen Handlungen – individueller Widerstand, passive Resistenz, Nonkonformismus, soziales Protestverhalten u. a. – oft unterschätzt wurden.¹⁷ Dem längst stattgefundenen Umdenken hat auch dieses Projekt Rechnung getragen, das Verfolgung wegen antinationalsozialistischen Äußerungen, verbotenen Abhörens ausländischer Sender, Sabotage und Hilfeleistung für Verfolgte (Juden und Jüdinnen, Fremdarbeiter, Kriegsgefangene, Solidarität mit politisch Verfolgten etc.) u. v. a. m. berücksichtigte und damit in der vom DÖW seit jeher gepflegten Tradition eines weiten Widerstandsbegriffs steht. Humanitäre Erwägungen, Mitleid für den verfolgten Nächsten, Abneigung und Hass gegenüber einem verbrecherischen Regime waren auch Wurzeln für einen unorganisierten Widerstand, der genauso wie der organisierte Widerstand seitens des NS-Staates mit aller Härte verfolgt wurde.

Franz Schönfeld (geb. 1890) und seine Schwester Marie Schönfeld (geb. 1898) – beide laut Gestapo-Schlussbericht „klerikal eingestellt und fanatische Anhänger des Legitimismus“ – verteilten selbst hergestellte Flugschriften. Sie wurden vom Volksgerichtshof am 15. Juli 1944 zum Tode verurteilt und am 19. September 1944 im Wiener Landesgericht hingerichtet.

Fotos: Wiener Stadt- und Landesarchiv



17 „Angesichts des totalen Gehorsamkeitsanspruchs der Machthaber und der auf seine Verletzung drohenden Sanktionen muß jegliche Opposition im Dritten Reich als Widerstandshandlung gewertet werden – auch wenn es sich nur um einen vereinzelt Versuch handelt, ‚anständig‘ zu bleiben.“ Karl R. Stadler, Österreich 1938 bis 1945 im Spiegel der NS-Akten, Wien 1966, S. 12.

Der Großteil der vor dem Volksgerichtshof, den OLG Wien und Graz bzw. den Sondergerichten verhandelten Fälle bezog sich auf Delikte wie Landes- und Hochverrat, aber auch auf das Heimtückegesetz oder Vergehen gegen Rundfunkgesetze oder Wirtschaftsverordnungen.¹⁸ Dabei handelte es sich um Bestrafungen von defätistischen Äußerungen, Verbreitung von regimekritischen Gerüchten oder Witzen, Beleidigung von führenden NS-Funktionären, prokommunistische bzw. prokatholische Äußerungen, Singen verbotener Lieder, Verweigerung des Deutschen Grußes usw.

In jeder Phase der Jahre 1938 bis 1945 spiegeln oppositionelle Tatbestände bis zu einem gewissen Grad die Stimmung in der Bevölkerung wider, weil sie in den meisten Fällen nicht bewusst „heimtückische Äußerung“ oder „Wehrkraftzersetzung“, sondern oft spontaner Ausdruck der Enttäuschung, der Erbitterung und des Hasses gegen das NS-Regime waren.

Das Fallbeispiel des Landgerichts Wien in den Jahren 1938 bis 1945 verdeutlicht den Zusammenhang zwischen Kriegsverlauf und der Intensität der nationalsozialistischen Verfolgung. An keinem anderen Gedächtnisort der nationalsozialistischen Verbrechen in Wien wurden vergleichbar viele politisch Verfolgte zu „Todesopfern“ des NS-Terrors. Von 1938 bis 1945 wurden in der Strafvollzugsanstalt beim Landgericht Wien mehr als 1200 Menschen hingerichtet. Mehr als die Hälfte von ihnen war aufgrund politischer Delikte verurteilt worden, wobei es sich bei den vom Volksgerichtshof Verurteilten größtenteils um politische Widerstandskämpfer, Kommunisten, Sozialisten sowie Katholisch-Konservative handelte. Bis 1943 fungierte die Untersuchungsanstalt Wien 1 als Hinrichtungsort für die Vollstreckungsbehörden der OLG-Bezirke Wien, Graz und des deutschen Landgerichts Brünn, bis 1940 hatte auch der LG-Bezirk Znaim zum Wiener „Gerichtsbezirk“ gehört. In der Folge erhielten der Oberlandesgerichtsbezirk Graz und der deutsche Oberlandesgerichtsbezirk Prag Mitte 1943 eigene Hinrichtungsstätten. Der Wegfall der zum Tode Verurteilten der Gerichtsbezirke Graz und Brünn bedeutete für die Wiener Untersuchungsanstalt allerdings nur eine vorübergehende Reduktion der Hinrichtungen, da ab 1943 Wehrmachtsgesichte die von ihnen verhängten Todesurteile größtenteils in der Strafvollzugsanstalt Wien vollstrecken ließen. Bis dahin waren die Todeskandidaten aus den Wiener Wehrmachtsgefängnissen auf dem Militärschießplatz Kagrán durch eigene Füsilierungskommandos

18 Vgl. Klaus Marxen (Hrsg.), Der Volksgerichtshof. Rechtshistorische Einordnung und rechtliche Bewertung. Forschungsprojekt Volksgerichtshof Westfälische Wilhelms-Universität Münster. Endbericht. Dokumente zu Anklage, Verteidigung, Gnadengesuche, Strafvollzug, Hinrichtungen, Münster 1991.

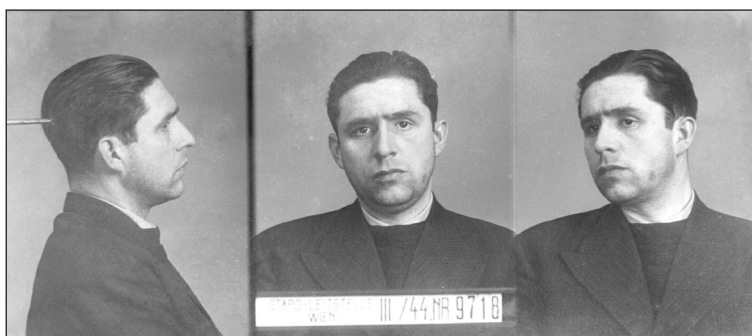
Namentliche
Erfassung
der Opfer
politischer
Verfolgung
1938–1945

erschossen worden.¹⁹ Pfarrer Franz Loidl, der später zu den bekanntesten Kirchenhistorikern Österreichs gehörte, begleitete viele zum Tode Verurteilte auf ihrem letzten Weg.²⁰

Es war der katholische Gefangenenseelsorger Eduard Köck, der in der NS-Zeit hunderte Delinquenten im Landesgericht betreute und das Sterbebuch führte, das für die Studien zum Projekt „Namentliche Erfassung der österreichischen Opfer politischer Verfolgung 1938–1945“ eine wesentliche historische Quelle war.²¹ In diesem Buch finden sich die Namen von Widerstandskämpfern wie Roman Karl Scholz und Hanns Georg Heintschel-Heinegg, Jakob Kastelic, Helene Kafka (Sr. Maria Restituta) oder Kaplan Heinrich Maier, der Ende März 1945 noch als einer der Letzten vor der Befreiung hingerichtet wurde, genauso wie die Namen vieler Sozialisten und Kommunisten, die sich für die österreichische Unabhängigkeit einsetzten und schließlich von der NS-Justiz hingerichtet wurden.

Der wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilte Wiener Kaplan Heinrich Maier (geb. 1908) wurde am 22. März 1945 im Wiener Landesgericht hingerichtet.

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv



Die aus den Sterbematrikeln entnommenen Aufzeichnungen des Wiener Landesgerichts machen klar, dass während der Zeit des Nationalsozialismus 1938 bis 1945 von 1184 Todeskandidaten 1020 bis zu ihrer Hinrichtung reli-

19 Herbert Exenberger / Heinz Riedel, Militärschießplatz Kagran, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2003.

20 Franz Loidl, Standortpfarrer und Lazarettpfarrer 1941–1945. Ein demütigender Seelsorgedienst in härtester Zeit, Wien 1971, S. 4; Heinrich Zeder, Graues Haus. Eine Chronik über Seelsorge und Seelsorger von 1834–1972, Wien 1983, S. 58–67.

21 Dieses Dokument besteht aus zwei Bänden. 1. Band 1920–1943, 2. Band 1943–1961. Beide Bücher, im Text als das „Sterbebuch des Wiener Landesgerichts“ zu einem zusammengefasst, befinden sich im Besitz der katholischen Gefangenenseelsorge des Landesgerichts Wien, 1082 Wien, Wickenburggasse 18–20. Mein Dank gilt Mag. Meinrad Pieczkowski für die freundliche Bereitstellung dieses Dokuments.

giös betreut wurden, 164 Delinquenten lehnten nach diesen Aufzeichnungen priesterlichen Beistand ab.²²

Die verschiedenen Kirchenleitungen waren Einschränkungen unterschiedlichen Ausmaßes ausgesetzt und passten sich in unterschiedlicher Intensität dem nationalsozialistischen Regime an. Die einzelnen Gläubigen konnten sich nicht auf eine Handlungsanleitung seitens einer Institution berufen, jeder und jede war dem eigenen Gewissen verantwortlich. Für jene Menschen, die aufgrund ihrer religiösen Werthaltung zu Verfolgten wurden, gibt es keinen Gradmesser, auf dem die Tiefe und Wirksamkeit der Konfession messbar wäre. Jede und jeder einzelne der Gläubigen – Geistliche wie Laien gleichermaßen – war im Widerstand sich selbst überlassen.

22 Dokumentierte Exekutionen im Wiener Landesgericht 1938 bis 1945 aus politischen Gründen: Von 1938 bis 1941 keine Exekutionen aus politischen Gründen; 1942: 97 Personen wegen Landes- und Hochverrats; 1943: 243 Personen wegen Landes- und Hochverrats, Heimtücke, Feindbegünstigung und Wehrkraftersetzung; 1944: 181 Personen wegen Landes- und Hochverrats, Heimtücke, Feindbegünstigung und Wehrkraftersetzung; 1945: 27 Personen wegen Landes- und Hochverrats, Heimtücke, Feindbegünstigung und Wehrkraftersetzung; vgl. Zeder, Graues Haus.